



Ursula Münch, Heinrich Oberreuter, Jörg Siegmund (Hg.)

KOMPLEXE FARBENLEHRE

*Perspektiven des deutschen Parteiensystems
im Kontext der Bundestagswahl 2017*



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

campus

Komplexe Farbenlehre

Ursula Münch ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Professorin an der Universität der Bundeswehr München.

Heinrich Oberreuter ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau.

Jörg Siegmund ist wissenschaftlicher Assistent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Ursula Münch, Heinrich Oberreuter,
Jörg Siegmund (Hg.)

Komplexe Farbenlehre

Perspektiven des deutschen Parteiensystems
im Kontext der Bundestagswahl 2017

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Eine Veröffentlichung der Akademie für Politische Bildung, Buchensee 1, 82327 Tutzing,
www.apb-tutzing.de



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

ISBN 978-3-593-51032-3 Print
ISBN 978-3-593-44076-7 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2021 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Jörg Siegmund

Lektorat: Juliane Schwab

Redaktionelle Verantwortung und Satz: Dr. Thomas Schölderle

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	9
---------------	---

I. Einführung

Umbruch? Eine Wahl und ihre Konsequenzen <i>Heinrich Oberreuter</i>	13
Scheitern mit Ansage Das Wahlsystem für den Deutschen Bundestag <i>Jörg Siegmund</i>	33
Demokratie gestalten Politische Führung, Verantwortung und die Mühen der Ebene <i>Bernhard Vogel</i>	81

II. Wahlergebnis und Wahlverhalten

Asymmetrische Mobilisierung und das nur vorläufige Ende der großen Zentrumskoalition <i>Nico A. Siegel / Roberto Heinrich / Stefan Merz</i>	95
Das politische Klima vor und nach der Bundestagswahl 2017 <i>Thomas Petersen</i>	117
Gehen in Bayern die Uhren noch anders? Befunde und Analysen zur Bundestagswahl 2017 im Bund und in Bayern <i>Helmut Jung</i>	135

III. Wahlkampf

Die Kanzlerin, die Flüchtlinge und die AfD Wie west- und ostdeutsche Tageszeitungen über den Bundestagswahlkampf 2017 berichtet haben <i>Marcus Maurer / Pablo Jost</i>	155
Manipulationsversuche im digitalen Bundestagswahlkampf 2017 <i>Thorsten Quandt / Tim Schatto-Eckrodt / Svenja Boberg / Florian Wintterlin / Lena Frischlich</i>	173
Alles falsch gemacht! Die Kommunikation der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017 <i>Matthias Storath</i>	191
Lehren aus der Bundestagswahl – die SPD <i>Markus Engels</i>	195

IV. Parteiensystem

Kanzlerpartei und Koalitionen Die CDU in der Parteien- und Koalitionsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland <i>Tim Geiger</i>	205
»Das moderne Deutschland« Die SPD zwischen Tradition und Neuanfang <i>Daniela Münkel</i>	227
Vom Merkel-Bonus zum Merkel-Malus Die CSU zwischen absoluter Mehrheit und Parteikrise <i>Ulrich Berls</i>	233
Erfolgreiches Scheitern Bündnis 90 / Die Grünen und die Bundestagswahl 2017 <i>Sebastian Bukow / Elias Koch</i>	253

Die Linke

Daueropposition im Bund – landespolitische Regierungskraft?

Gero Neugebauer 277

Determinanten der Regierungsbildung

Der steinige Weg zur Fortsetzung der Großen Koalition

Frank Decker 289

Autorinnen und Autoren 305

Vorwort

Die Bundestagswahl 2017 wird häufig als eine Zäsur wahrgenommen. Dafür spricht in politischer Hinsicht der erstmalige Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den Deutschen Bundestag, der das Spektrum der parlamentarisch repräsentierten Positionen deutlich nach rechts erweitert hat. Die Bundestagsdebatten haben dadurch mitunter spürbar an Schärfe gewonnen. Das schlägt sich auch in der steigenden Zahl von Ordnungsrufen nieder, selbst wenn diese noch nicht wieder das Niveau der 1980er-Jahre erreicht haben. In struktureller Hinsicht hat die Wahl 2017 die Fragmentierung des Parteiensystems weiter vorangetrieben, weil neben der AfD auch den Freien Demokraten der (Wieder-)Einzug in den Bundestag gelang, sodass dort nunmehr sieben Parteien und sechs Fraktionen vertreten sind. Die ehemals großen Volksparteien sind hingegen weiter geschrumpft: Union und SPD kamen 2017 zusammen auf gerade einmal 53,4 Prozent der Zweitstimmen – ein historischer Tiefstand. Strukturell fallen aber auch andere Dinge ins Auge, etwa der geringere Anteil weiblicher Abgeordneter, der im Vergleich zur Wahl 2013 von 36,5 Prozent auf 30,9 Prozent gesunken ist. Und schließlich markieren die Ergebnisse des Urnengangs 2017 auch in institutioneller Hinsicht eine Zäsur, weil der Bundestag aufgrund des geänderten Sitzzuteilungsverfahrens mit 709 Abgeordneten eine noch nie dagewesene Größe erreicht hat. Laut Daten der Inter-Parliamentary Union verfügt Deutschland damit über das zweitgrößte Parlament der Welt, das hinsichtlich seiner Mitgliederzahl nur vom Nationalen Volkskongress der Volksrepublik China übertroffen wird.

Diese Suche nach dem Besonderen, das häufig zudem negativ konnotiert ist, darf jedoch nicht den Blick versperren auf die Kontinuitäten oder positiven Aspekte, die mit der Bundestagswahl 2017 ebenfalls verbunden sind. So ist die Wahlbeteiligung nach einem längeren Abwärtstrend das zweite Mal in Folge wieder gestiegen – und zwar im Vergleich zur vorherigen Wahl 2013 recht deutlich um 4,6 Prozentpunkte. Dabei ist der Aufwärtstrend gerade in den neuen Ländern mit einem Plus von 5,6 Prozentpunkten besonders

ausgeprägt; seit 2009 hat die dortige Wahlbeteiligung sogar von 64,8 auf 73,2 Prozent zugelegt. Und auch die Regierungsbildung folgte nach der Bundestagswahl 2017 letztlich bekannten Mustern und ist daher – trotz der ungewöhnlich langen Dauer – eher den Kontinuitäten zuzurechnen.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes nehmen beide Facetten der Wahl 2017 in den Blick, die Brüche ebenso wie die auf Stabilität verweisenden Aspekte. Sie gehen in ihrer Mehrzahl zurück auf eine Kooperationstagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen im Oktober 2017, die sich ihrerseits in eine langjährige und produktive Tradition von Wahlanalysetagungen einreicht. Unser Dank gilt allen Autorinnen und Autoren*, ohne deren Mitwirkung dieser Band nicht entstanden wäre. Zu besonderem Dank sind wir zudem Dr. Thomas Schölderle für die gewohnt souveräne redaktionelle Betreuung des Manuskripts und den nicht nachlassenden Drang, dieses Publikationsprojekt voranzubringen, verpflichtet. Danken möchten wir nicht zuletzt auch dem Campus Verlag und namentlich Jürgen Hotz, der diese Wahlanalyse erneut in das Verlagsprogramm aufgenommen hat.

Tutzing/Passau, im Februar 2021

Prof. Dr. Ursula Münch

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Jörg Siegmund, M.A.

* Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit in allen Beiträgen überwiegend auf das generische Maskulinum zurückgegriffen. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

I. Einführung

Umbruch? Eine Wahl und ihre Konsequenzen

Heinrich Oberreuter

1. Willige und Unwillige: Folgenreiche Instabilitäten der Koalitionsbildung

»... dass wir heute Abend die Oppositionsrolle für uns annehmen und klar erklären, dass die SPD in die Opposition geht.« (Martin Schulz, 24. September 2017)

»Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.«
(Christian Lindner, 19. November 2017)

»Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in der Hand hält.« (Frank-Walter Steinmeier, 20. November 2017)

»Ich glaube, dass wir hervorragende Ergebnisse erzielt haben.«
(Martin Schulz, 12. Januar 2018)

»Wir werden verhandeln, bis es quietscht auf der anderen Seite.«
(Andrea Nahles, 21. Januar 2018)

Der Bundestagswahl vom 24. September 2017 folgte die schwierigste Phase der Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik.¹ Sie währte nicht nur ein halbes Jahr, 171 Tage, sondern offenbarte auch partiell eine bisher nie gekannte Scheu vor der Verantwortung. Der Wille zur Macht war bislang ein fundamentaler und verlässlicher Unterschied zum Weimarer Parlamentarismus gewesen.

1 Für eine beispielhafte analytische Deskription des gesamten Prozesses vgl. Sven T. Siefken, Regierungsbildung »wider Willen« – der mühsame Weg zur Koalition nach der Bundestagswahl 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg. (2/2018), S. 407–426. Siehe unter anderem auch: Richard Hilmer / Jérémie Gagné, Die Bundestagswahl 2017: GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg. (2/2018), S. 372–406; Eckhard Jesse, Die Bundestagswahl 2017 und die Regierungsbildung, in: Zeitschrift für Politik, 65. Jg. (2/2018), S. 168–194; Karl-Rudolf Korte / Jan Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden 2019.

Tatsächlich war die Stimmung hinsichtlich der Koalitionsoptionen vor der Wahl diffus, auch offen für neue Modelle wie ein rot-rotes, natürlich unter Einschluss der Grünen oder, besonders innovativ, für »Jamaika«, also Union, FDP und Grüne. Die SPD hatte sich von einer Fortführung der Großen Koalition schon im Wahlkampf distanziert und konnte sich durch ihre Verluste bestätigt sehen. Andererseits zeichneten sich schwarz-grüne Annäherungen, unterstützt durch die arbeitsfähige Koalition in Baden-Württemberg seit 2016, ab. Dabei hatten die Unionsparteien selbst erst ihre Handlungsfähigkeit durch eine Einigung in der Flüchtlingsfrage (»Obergrenze«) wieder zu gewinnen, ohne sich durch eine angemessene Aufarbeitung ihres desaströsen Wahlergebnisses erneut zu belasten. Eine Koalition von Union und AfD schloss sich aus. Nach der entschiedenen, in der Parteiführung abgestimmten Oppositionsoption der SPD² blieb nach bisheriger, grundsätzlich stabilitätsorientierter Praxis »Jamaika« übrig. Als eher destabilisierende Alternativen gerieten Minderheitsregierung oder Neuwahlen in den Blick. Zusätzlich, auch dies bemerkenswert angesichts der bundespolitischen Verantwortung, hielt parteiübergreifender Opportunismus dazu an, die eigenen Aussichten bei den Landtagswahlen in Niedersachsen am 15. Oktober nicht durch Koalitionsverhandlungen in Berlin zu belasten.

So konstituierte sich der 19. Bundestag unter voller Ausschöpfung der Frist nach Artikel 39 Absatz 2 GG erst am 24. Oktober. Die Bundesregierung blieb geschäftsführend im Amt. Aus den Ungewissheiten über die von der neuen Koalition zu schaffende Kabinettsstruktur folgte die begleitende Nichtexistenz einer funktionsfähigen parlamentarischen Arbeitsstruktur. Im Klartext: Für dreieinhalb Monate ab der Konstituierung war die Arbeitsfähigkeit zentraler Staatsorgane defizitär ausgeprägt.

Zu konzedieren ist angesichts der innovatorischen Herausforderung von »Jamaika« ein intensiver und zeitraubender Abstimmungsbedarf. Dem Vorgespräch zur ersten »großen Sondierungsrunde« mit 52 Teilnehmern am 20. Oktober war sogar nach der Niedersachsenwahl eine »Kennenlernwoche« vorausgegangen. In die intensiven, arbeitstechnisch durchstrukturierten und öffentlichkeitswirksam inszenierten Gespräche – man erinnere sich an die Szenen am Balkon des Palais des Reichstagspräsidenten – waren Parteivertreter aus Bund, Ländern, Kommunen und Europa einbezogen. Die Sondierungen liefen positiv gestimmt auf Koalitionsverhandlungen zu – bis zum Augenblick

2 Vgl. Markus Feldenkirchen, *Die Schulz-Story. Ein Jahr zwischen Höhenflug und Absturz*, München 2018, S. 276.

der Erkenntnis, dass ein Einigkeit dokumentierendes Papier von 61 Seiten in Klammern immerhin 134 Dissenspunkte enthielt, welche programmatische Scheidepunkte der Verhandelnden reflektierten: wie Klima- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Finanzpolitik und Flüchtlingskrise. Die FDP machte dem dann ein weithin unverstandenes, aber durch Robert Habeck (Grüne) nachträglich gerechtfertigtes Ende, der generelle Detailverliebtheit statt Ringen um Leitkategorien als Fehler analysierte: »Dann waren wir von Anfang an zu freundlich miteinander und lullten alle Konflikte in Bindestrichpapiere ein, winkten vom Balkon, suggerierten, die Sache sei geritzt, während kaum ein Konflikt ausgesprochen werden konnte.«³

Solange sich die SPD verweigerte, schienen Minderheitsregierung und Neuwahlen Alternativen. Waren sie es wirklich? Neuwahlen waren es schon deswegen nicht, weil die Verantwortungsverweigerung der Etablierten zweifellos die AfD gestärkt hätte. Eine Minderheitsregierung war es (noch) nicht, weil sie dem Kernverständnis des parlamentarischen Regierungssystems wie der politischen Kultur eher fremd war. Die These, sie könne »auf eine Wiedergeburt des Parlamentarismus in Deutschland hinauslaufen«, da um jede Stimme geworben und nicht nach dem »Prinzip Regierung und Opposition«, sondern nach »Sachfragen entschieden« werden würde,⁴ verkennt das System, seine praktische – sachgebietsorientierte – Funktionsweise und die damit in Zusammenhang stehende Stabilitätsproblematik von Grund auf. Sie folgt romantischen Parlamentarismusvorstellungen. Im Übrigen steht beiden Optionen der Bundespräsident im Weg, der ihnen nach Artikel 63 GG zustimmen müsste. Steinmeier aber hat die Parteien, nicht zuletzt seine eigene, nachdrücklich auf den Weg der Verantwortung gewiesen – und zwar unmittelbar und deutlich beim Scheitern von »Jamaika« am 20. November.

Am gleichen Tag schon regte sich in der SPD-Fraktion selbst Widerspruch gegen die Haltung der Parteiführung. Die Wiederannäherung an die Große Koalition begann; ein Parteitag billigte am 7. Dezember »ergebnisoffene« Gespräche und verlangte, Sondierungsergebnisse einem Sonderparteitag zur Billigung konkreter Koalitionsverhandlungen vorzulegen. Diese »hervorragenden Ergebnisse« (Martin Schulz), binnen einer Woche sondiert, trafen in der Partei nicht nur auf grundsätzlichen, von Ergebnissen unabhängigen emotionalen GroKo-Widerspruch, sondern auf eine von den Jusos – Kevin Kühnert – organisierte, hochaktive und anhaltende Gegenbewegung.

³ Zitiert nach Siefken, Regierungsbildung (Anm. 1), S. 413.

⁴ Roland Czada, Dann müsste auch die Kanzlerin Farbe bekennen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 2017, S. 11.

Nur das Versprechen, auf wesentlichen Politikfeldern (Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik) nachzuverhandeln, »bis es quietscht« (Andrea Nahles), öffnete am 21. Januar 2018 knapp (mit 56 Prozent Zustimmung der Delegierten) die Tür zu Koalitionsverhandlungen. Deren Ergebnisse unterwarf die SPD einer weniger wegen ihnen als wegen der nach wie vor agierenden grundsätzlichen Anti-GroKo-Bewegung umkämpften Mitgliederbefragung. Ihr überraschend positives Ergebnis – bei 78 Prozent Beteiligung stimmten 66 Prozent zu – ermöglichte zwar die Koalition, befriedete aber den innerparteilichen Konflikt nicht. Es schien unwahrscheinlich, dass diese Koalition die Legislaturperiode durchstehen würde. Insofern erschien die grundsätzliche Stabilität relativ. Sie war es auch – und blieb nur aufgrund noch stärkerer potenziell destabilisierender Herausforderungen und nach wie vor der Furcht, in Neuwahlen abgestraft zu werden, erhalten. Den Bürgern waren Zeitvergeudung, egozentrische Kompromissverweigerung und Verantwortungsscheu zutiefst zuwider.⁵

Die Billigung der Basis holte auch die CDU auf einem eigens einberufenen Parteitag ein – historisch erstmals. Die CSU sah angesichts der Ergebnisse davon ab, führte aber zur Beratung und Zustimmung – ebenso erstmals für diese Partner in der Parteigeschichte – Landesgruppe, Parteivorstand und Landtagsfraktion zusammen.

Insgesamt unterzog der ganze Prozess die beteiligten Parteien erheblichem Stress, sogar unter Einschluss von Relativierungen und Infragestellungen ihrer Führungen. In der SPD verlor Martin Schulz Rückhalt und Amt. Seine Nachfolgerin Andrea Nahles, entschiedene Parteitagskämpferin für die GroKo, beerbte ihn mit einem äußerst schwachen, die gegensätzlichen Positionen zur Regierungsbeteiligung reflektierenden und ihr Scheitern vorwegnehmenden Wahlergebnis (66 Prozent). Ausweislich der Europawahlen 2019 konnte sie den negativen Trend nicht wenden: Wie auch in der Kürze und in fortbestehenden Kontroversen? Ihr Scheitern wiederum tauchte die Partei in einen mühseligen Such- und Abstimmungsprozess, in welchem es vordringlich um das Pro oder Contra zur GroKo ging. Es siegte mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ein wenig ausstrahlungskräftiges Contra-Duo, dem die Fraktion sofort klarmachte, ihm nicht zu folgen und den Ausstieg nicht zu vollziehen: Eine Verweigerung der Repräsentanten gegenüber der Mehrheit der Basis, die zwar mit den Prinzipien des Systems übereinstimmt, keineswegs

⁵ Vgl. Renate Köcher, Ernüchternde Hängepartie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 2017, S. 10.

aber mit einem populären unterkomplexen Demokratieverständnis – von den Folgen für das streitige innerparteiliche Machtgefüge und eine verlässliche Politikführung nicht zu sprechen. Wobei die taktische Priorität der Fraktionsmehrheit die Koalition eher stabilisierte angesichts der riskanten Konsequenzen am Wählermarkt bei deren potenziellem Verfall und dann unausweichlichen Neuwahlen. Die neuen Vorsitzenden hielten sich gleichwohl im Amt. Aber als Kanzlerkandidaten für 2021 präsentierte die Partei dann den GroKo-Verteidiger und als Bewerber um den Vorsitz unterlegenen Olaf Scholz: Widerspruch oder Nachweis für die Reintegration der SPD? Am ehesten ein Signal für den Wählermarkt, dass Richtungsfragen (»Leitkategorien«) offengeblieben sind: in Partei und Koalition.

In der CSU tobte der Führungskampf unbeeindruckt von den Verhandlungsverpflichtungen Horst Seehofers in Berlin weiter und kostete ihm letztlich das Amt. Angela Merkel war in der CDU durch Flüchtlingspolitik, Wahlergebnis und Scheitern von »Jamaika« angeschlagen. Sie führte Annegret Kramp-Karrenbauer vom saarländischen Ministerpräsidentenamt ins Generalsekretariat der CDU, um die Partei zu ordnen, dann auch ins Vorsitzendenamt, stets mit der unausgesprochenen Aussicht auf die Kanzlerschaft, notfalls auch schon während der Wahlperiode. Allerdings herrschten diesbezüglich offenbar unterschiedliche Erwartungen zwischen den beiden Akteurinnen.

Die Kanzlerin hat sich zunächst nur administrativ von der kritisch gewordenen Partei entlastet, ohne substantiell Führung preiszugeben. Dieser Schritt geschah erst im Herbst 2018, als sie in engem Kontext zur Abwahl Volker Kauders vom Fraktionsvorsitz und zu zwei verlustreichen Landtagswahlen in Hessen und Bayern ihren Rückzug vom Parteivorsitz bekanntgab. Kauder wiederum war abgewählt worden, weil die gleichfalls kritischer gewordene Fraktion ihren legitimen Mitführungsanspruch geltend machte, den sie durch sein Rollenverständnis, primär der Kanzlerin den Rücken frei zu halten, abgeblockt sah. Merkel hatte also Unterstützung in Partei und Fraktion verloren. Doch anders als die SPD arbeitete die CDU sich nicht an der Koalition ab, sondern an ihrer zutage getretenen Schwächung im Parteiensystem. Auch sie durchlief einen kräftezehrenden Findungsprozess für den Vorsitz, den die Generalsekretärin mit einer derartigen Knappheit gewann, die das gegnerische Lager lebendig hielt und Führungsautorität schwächte. Letztlich hat sich die Konkurrenz zweier ungleicher Machtzentren nicht bewährt, zumal die Fraktionsführungskrise gleichzeitigen Profilierungen der neuen Parteivorsitzenden entgegenstand. Sichtbarer Anteil an der Bestimmung der Richtlinien der Politik ist ihr nicht zugewachsen, auch nicht durch den späteren Eintritt ins Kabinett – vielleicht

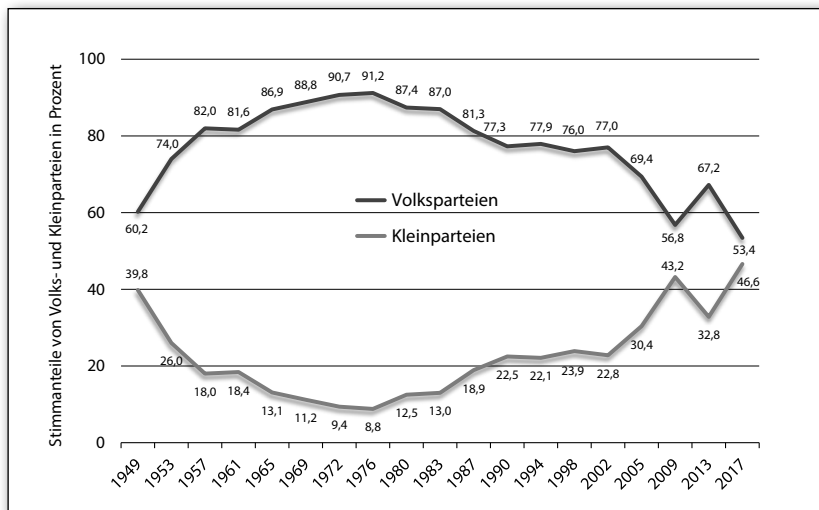
auch gerade deswegen nicht. Im Kanzleramt siedelt die bestimmende Kraft, solange ein politischer Kopf es führt. Die Dysfunktionalität der Trennung des Amtes vom Parteivorsitz erwies sich einmal mehr – im damals aktuellen politischen Prozess wie mit Fernwirkung in den Thüringer Turbulenzen im Herbst 2019. Von der dortigen Partei wie auch der Kanzlerin provoziert, offenbarten sich Autoritätsschwächen der Vorsitzenden. Sie verursachten Kramp-Karrenbauers Rücktritt. Die Bundespartei sieht sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 zur zweiten kontroversen Auswahlprozedur seit 2018 gezwungen, verbunden mit der Bestimmung der Kanzlerkandidatur: eine offensichtliche Fernwirkung der Richtungs- und Führungszweifel seit 2015 und 2017, verstärkt durch die politischen und funktionalen Herausforderungen der Coronakrise 2020.

Fazit: Die Koalition trat mit (sozialdemokratischen) Selbstzweifeln und infrage gestellten Führungsfiguren an. Ein zweites Ergebnis ist der gewachsene tiefgreifende Einfluss der Parteibasis, die in Anspruch nimmt, eine zentrale Aufgabe repräsentativer Demokratie, die Regierungsbildung, zu bestimmen und damit in die freie Amtsführung der ja keineswegs nur von ihr bestimmten und gewählten Repräsentanten des Volkes einzugreifen. Sie ist den Abgeordneten streitig gemacht worden, beziehungsweise es stellen sich durchaus auch Fragen nach deren Amtsverständnis, wenn sie sich diesem Anspruch unterwerfen, der schlimmstenfalls nur von einer guten Hälfte der abstimmenden Parteimitglieder legitimiert ist. Keinerlei Legitimitätszweifeln unterliegt hingegen die in beiden großen Parteien realisierte Ausweitung der Basisbeteiligung an der Vorsitzendensuche. Zum Dritten stellte sich mit den Differenzen in den politischen »Leitkategorien« als Ursachen des Scheiterns von »Jamaika« heraus, dass aus aller kommunikativen Offenheit keine offene Beliebigkeit in der Koalitionsfähigkeit der Parteien untereinander gewachsen ist, dass Fluidität noch Grenzen kennt. Anders wäre ein Parteiensystem auch ad absurdum geführt. Kooperationsfähigkeit als eine Koalitionsbildungen vorausliegende Orientierung bleibt davon unberührt. Insgesamt strahlen das Wahlergebnis zur 18. wie auch Zweifel und Widerwillen am Koalitionsgefüge in die 19. Legislaturperiode hinein.

2. Komplexes Wahlergebnis

Das außergewöhnliche Wahlergebnis 2017 lässt sich vor allem als Ergebnis der Flüchtlingskrise und der damit verbundenen Verunsicherung über Kon-

Abbildung 1: Stimmanteile der Volksparteien und Kleinparteien bei Bundestagswahlen von 1949 bis 2017 (in Prozent)

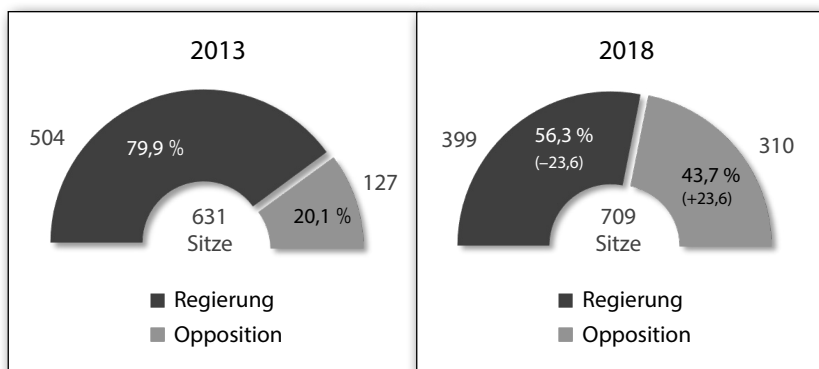


Quelle: eigene Darstellung.

trollverluste und Integrationsprobleme erklären. Denn bis dahin galt die Regierungsbilanz als positiv, die wirtschaftliche Situation – auch die eigene der Wähler – als gut. Nun nahmen Politisierung und Polarisierung zu – auf Kosten der Koalition und der Volksparteien, die sie bildeten. Die Stimmen verteilten sich fast hälftig auf sie und ihre – sehr differenten – kleineren Konkurrenten. Ein seit 1980 anhaltender, 2013 signifikant unterbrochener Trend nahm deutlich erneut Schwung auf (Abbildung 1).

Noch nie haben die Regierungsparteien von einer Wahl zur anderen in vergleichbarem Maß Stimmen verloren: gemeinsam –13,8, Union –8,6, SPD –5,2 Prozentpunkte, jeweils ein Siebtel ihrer Wählerschaft. Die Union stürzte mit 32,9 Prozent fast auf ihr Niveau von 1949 ab, die SPD erreichte mit 20,5 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt. Auch die 38,8 Prozent der CSU in Bayern (–10,5 Prozentpunkte) waren ihr schlechtestes Resultat seit 1953. Die dominante Rolle der »Großen« war dahin – mit den geschilderten Konsequenzen innerparteilicher Verunsicherung und der sich abzeichnenden Notwendigkeit einer Koalition der Verlierer, die zwar nach Mandaten problemlos eine regierungsfähige Mehrheit erreicht, als »Große« aber erheblich geschrumpft ist (Abbildung 2).

Abbildung 2: Wie groß ist die Große Koalition? Die neue Regierungsmehrheit ist im Vergleich zu 2013 deutlich geschrumpft: Aufteilung der Sitze von Regierungsparteien und Opposition nach der Regierungsbildung 2013 und 2018



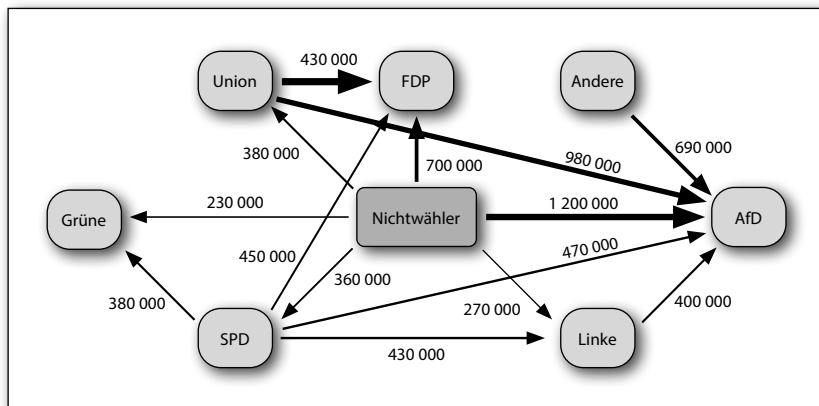
Quelle: eigene Darstellung (in Anlehnung an Stephan Roters, in: *Das Parlament*, 19. März 2018, S. 1); Daten: Deutscher Bundestag.

Dieser Mehrheit steht eine breit gegliederte Minderheit in einem fragmentierten Sechsparteiparlament (sieben sogar mit der CSU) gegenüber – wie zuletzt 1953! Zugleich versteht sich keine der Kleineren als natürliche Filialpartei einer der beiden Größeren, worin a priori Probleme der Koalitionsbildung begründet sind. Diese verstärken sich zusätzlich, weil die beiden Ränder als inakzeptabel (AfD) beziehungsweise als eingeschränkt koalitionsfähig (Linke) gelten.

Die Wählerwanderung birgt deutliche Erklärungen für parteiliche Leistungsdefizite, enttäuschte Wählererwartungen und entschiedene Korrekturbedürfnisse der Responsivität. Zunächst stieg die Wahlbeteiligung um 4,6 Punkte auf 76,2 Prozent, der höchste Zuwachs seit 1953. Diese Mobilisierung von Nichtwählern wurde erheblich von AfD (+1,2 Millionen) und FDP (+700 000) mit ausgelöst, denen fast 60 Prozent des Zuwachses zugutekamen. Neben dem Hauptanteil an bisherigen Nichtwählern liefen der AfD fast ebenso viele von der Union (980 000), 690 000 von Marginalparteien, aber auch 470 000 von der SPD und 400 000 von der Linkspartei zu (Abbildung 3).

Von daher ist differenzierte Urteilsbildung über die Einstellungen dieser Wähler angebracht, die quasi über Nacht kaum zu Antidemokraten geworden sein können, ohne dass andererseits antidemokratische Positionen im Parteiengefüge übersehen werden dürfen. Wähler zu mobilisieren, ist zunächst positiv – wie bei der FDP: Aber beide haben Angebots- und Repräsentationslücken

Abbildung 3: Wählerwanderung Bundestagswahl 2013 zu 2017 (wichtigste Per-Saldo-Ströme)



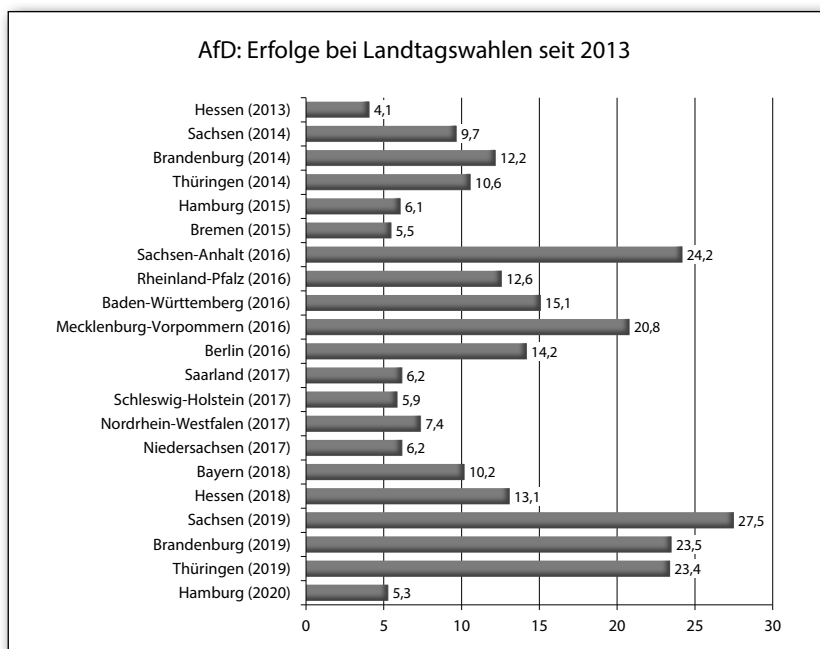
Quelle: eigene Darstellung; Daten: Hilmer/Gagné, Bundestagswahl 2017 (Anm. 1), S. 395.

der Etablierten überbrückt. Mit klassischen ideologischen Interpretationen ist die Absatzbewegung von je fast einer halben Million Wählern von SPD und Linker zur AfD nicht zu erklären, ebenso wenig die Abwanderung von der SPD zur FDP in gleicher Größe. Die Daten belegen jenseits populistischer Versuchungen einen erheblichen Vertrauensverlust der Etablierten, der bei den Wanderern zur AfD identitäre und humanitätswidrige Positionen unkalkuliert ließ: Generelle Unzufriedenheit und Prekariatsgefühle (siehe zum Beispiel 15 Prozent in Gelsenkirchen) sollten Ausdruck finden, wie sich auch insgesamt in den Landtagswahlen seit 2015 zeigte, welche die Partei mittlerweile in sämtlichen Parlamenten etablierten (Abbildung 4).⁶

Mit ihrem Schwerpunkt im Osten trägt sie auch zur Fortsetzung der Existenz zweier Parteien- und politischer Kultursysteme in Deutschland bei, mit einer geschwächten klassischen Zweiparteiendominanz im Westen und einem um sie selbst erweiterten Vierparteienkorridor im Osten, aus dem die SPD herauszufallen droht, und in dem die Linke schwächer wird, ohne ihren Wurzelgrund zu verlieren mit jeweils mehr als 15 Prozent in »ihren« Bundesländern (im Vergleich zu über 20 Prozent 2013). Allerdings hat die AfD die Linke mit 21,9 zu 17,8 Prozent überholt, in den Ostländern jeweils an oder

⁶ Vgl. dazu Susanne Pickel, Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?, in: Korte/Schoofs (Hrsg.), Bundestagswahl 2017 (Anm. 1), S. 145–175.

Abbildung 4: Ergebnisse der AfD bei Landtagswahlen seit 2013 (in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung; Daten: Landeswahlleiter; Wahlrecht.de.

(weit) über der 20-Prozentgrenze liegend. In Sachsen hat sie sogar die CDU von der Spitze verdrängt.⁷ Bemerkenswert: Gemeinsam erreichen die beiden Randparteien im Osten 39,7 Prozent, im Westen dagegen 18,1 Prozent, im Bundesgebiet immerhin 21,8 Prozent (Tabelle 1).

3. Profilierung der Ränder

In den Landtagswahlen seither⁸ spiegelt sich Kontinuität: Mobilität, Distanzierung von den Volksparteien, Fragmentierung allerorten, Etablierung der

⁷ Vgl. Hendrik Träger, Sachsens »blaues Wunder« bei der Bundestagswahl 2017, in: Zeitschrift für Politik, 65. Jg. (2/2018), S. 195–216.

⁸ Siehe zum Beispiel die Beiträge in Zeitschrift für Parlamentsfragen, 51. Jg. (2/2020), zu Bremen (Lothar Probst, Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 26. Mai 2019:

Tabelle 1: Bundestagswahl 2017 für die Wahlgebiete West, einschließlich Berlin-West, und Ost, einschließlich Berlin-Ost (in Prozent); in Klammern Unterschiede nach Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 2013)

	Gesamt		Ost		West	
Wahlbeteiligung	76,2	(+4,6)	73,2	(+5,6)	76,8	(+4,3)
CDU und CSU	32,9	(-8,6)	27,6	(-10,9)	34,1	(-8,1)
CDU	26,8	(-7,3)	27,6	(-10,9)	26,6	(-6,6)
CSU	6,2	(-1,2)	–	–	7,5	(-1,5)
SPD	20,5	(-5,2)	13,9	(-4,0)	21,9	(-5,5)
AfD	12,6	(+7,9)	21,9	(+16,1)	10,7	(+6,3)
FDP	10,7	(+5,9)	7,5	(+4,8)	11,4	(+6,4)
Die Linke	9,2	(+0,6)	17,8	(-4,9)	7,4	(+1,8)
Bündnis 90 / Die Grünen	8,9	(+0,5)	5	(-0,1)	9,8	(+0,6)
Sonstige	5,0	(-1,2)	6,4	(-0,9)	4,7	(-1,3)

Quelle: eigene Darstellung; Daten: Jesse, Bundestagswahl 2017 (Anm. 1), S. 175 (Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken).

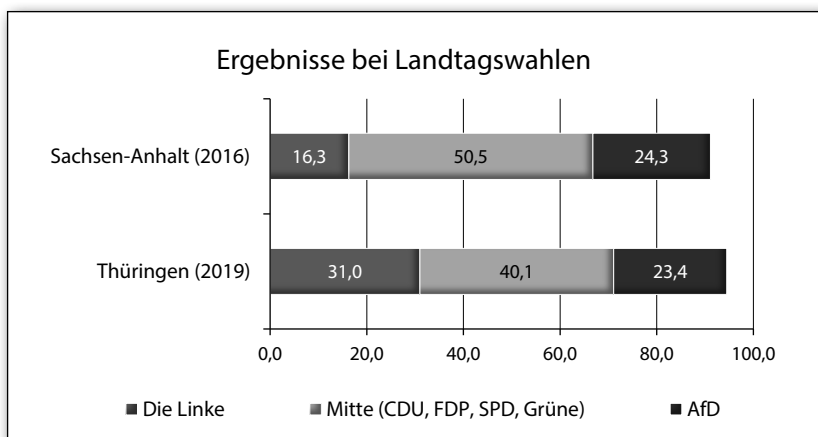
AfD, diffuse Wählerwanderung, Ost-West-Differenz speziell hinsichtlich der Stärkung der Randparteien. Nach 40,6 Prozent 2016 in Sachsen-Anhalt erzielen sie 2019 gemeinsam in Brandenburg 34,2, in Sachsen 37,9, in Thüringen aber 54,4 Prozent: ein Verlust der Mitte, mit erheblichen Funktionsproblemen politischer Willens- und Regierungsbildung, die destabilisierend auf die Bundesszenarie ausstrahlen, wie nach der Wahl von 2017 bereits erfahren (Abbildung 5).

Der gesellschaftliche Wandel über Jahrzehnte hat nicht nur, worüber seit Langem diskutiert wird, das Parteiensystem pluralisiert und fragmentiert, sondern auch seine Ränder mobilisiert und profiliert.

In der Wählermobilisierung und den rechtspopulistischen Wahlerfolgen in Deutschland und Europa sahen zum Beispiel die Bürger in Thüringen einen Nachweis der Möglichkeit des Wandels politischer Konstellationen, der

CDU gewinnt, aber Rot-Grün-Rot regiert, S. 263–284), Brandenburg (Oskar Niedermayer, Die brandenburgische Landtagswahl vom 1. September 2019: Die SPD schlägt die AfD auf den letzten Metern, S. 285–303), Sachsen (Eckhard Jesse, Die sächsische Landtagswahl vom 1. September 2019: Rechtsverschiebung im Parlament, Linksverschiebung in der Regierung, S. 304–325) und Thüringen (Torsten Oppeland, Die thüringische Landtagswahl vom 27. Oktober 2019: Das nächste Experiment – eine rot-rot-grüne Minderheitenregierung mit Verfallsdatum, S. 325–348).

Abbildung 5: Landtagswahlresultate Sachsen-Anhalt und Thüringen (in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung; Daten: Landeswahlleiter.

sich zwar gegen Eliten und herrschende Meinungen richtet, aber gesteigerte Responsivität und Performanz des Systems bewirke – und damit für einen »geradezu dramatischen Anstieg der Zustimmungswerte der Demokratie« verantwortlich sei.⁹ Dieses Urteil aus 2017 muss sich aber ändern, sobald erkannt wird, dass die Rückkehr auf die demokratische Bühne zu deren Zerstörung geschieht, dass also Kommunikation und Partizipation nicht in Anspruch genommen werden, um sie demokratisch zu verwirklichen, sondern um sie antipluralistisch zu untergraben. Links- wie Rechtspopulismen begründen sich zwar unterschiedlich, sind aber in ihren Zielen (von Rassismus und Xenophobie abgesehen!) im Wesentlichen gleichgerichtet.¹⁰ Stets unterschieden sie zwischen dem »wahren« Volk und der »korrupten Elite« und reklamieren für sich die Wahrheit – ihre Wahrheit – als monistischen Herrschaftsanspruch. Ihre Moral übt sich »systemtransformativ«¹¹ in antiinstitutioneller Stoßrichtung gegen Establishment, Parteien, Parlamente und

9 Vgl. Heinrich Best/Steffen Niehoff/Axel Salzheiser/Lars Vogel, *Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lage und politische Einstellungen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017*, Jena 2017.

10 Vgl. Cas Mudde, Populismus in Europa: Von den Rändern zum Mainstream, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 18. Jg. (1/2020), S. 13–34.

11 Vgl. Tom Mannewitz/Isabelle-Christin Panreck, Systemtransformatives Potential im deutschen Parteiensystem, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 18. Jg. (1/2020), S. 97–118; Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, Berlin 2018.

Politiker sowie gegen den ihnen zurechenbaren liberalen Pluralismus. Auf theoretisch höherem Niveau soll nach dem alten Rezept Antonio Gramscis allmählich »kulturelle Hegemonie«¹² gewonnen werden, die sich an Exklusivität letztlich nicht unterscheidet.

Radikale Zuspitzungen werden keineswegs verschwiegen. Das Erfurter Programm der Linken von 2011 benennt als Ziele »Systemwechsel«, ein »anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem«, auch »eine sozialistische Gesellschaft« nach Karl Marx und Friedrich Engels. Das Reformlager konnte sich dagegen nicht durchsetzen. Prominente Parlamentarierinnen rufen dazu auf, sich nicht der Illusion hinzugeben, »dass wir die Gesellschaft aus den Angeln heben können über Anträge und Reden aus dem Parlament«¹³ oder definieren Parlamente als nur »scheinbar demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten«, gegen die sich das Vorbild der Bolschewiki empfehle, die in die Duma gingen und eine »schlagkräftige revolutionäre Partei« aufbauten.¹⁴ Schon die Gründerväter des Marxismus-Leninismus stellten sich ihre »Demokratie« zwar mit Vertretungskörperschaften, aber ohne Parlamentarismus – das heißt ohne pluralistische Willensbildung – vor, ähnlich auch die Systemüberwindungstheorie von 1968.¹⁵

Weniger elaboriert stellt sich die Systemfrage am rechten Rand. Das AfD-Programm will »Bruch von Recht und Ordnung«, »Zerstörung des Rechtsstaats«, illegitime »Usurpation der Macht« durch ein politisches Kartell, das sich als »heimlicher Souverän« aufführt sowie Bildung und Information der Bevölkerung in Händen hält, nicht mit Fremdworten wie Hegemonie und Transformation begegnen, sondern mit dem in einem legitimitätsgesättigten System ebenso antipluralistischen Anspruch »Wir sind das Volk«. Nur wir allein. Den Willen der wählenden Mehrheit, der Anderen, gilt es zu überwinden. Der Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag Björn Höcke sieht die AfD als »die letzte evolutionäre, sie ist die

12 Dafür argumentiert der den Linken zugehörige Thüringer Minister Benjamin Immanuel Hoff, *Die Linke: Partei neuen Typs?*, Hamburg 2014.

13 So Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag und designierte Co-Vorsitzende der Partei (vgl. Timo Frasch, Klassenkämpferin im Parlament, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Mai 2014, S. 8).

14 So die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz (vgl. Markus Wehner, »Die Republik aufmischen«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 2020, S. 3).

15 Wladimir I. Lenin, *Staat und Revolution*, Berlin (Ost) 1970, S. 51; Johannes Agnoli, *Transformation der Demokratie*, Frankfurt/M. 1967.

letzte friedliche Chance für unser Vaterland.«¹⁶ Damit wird Gewalt angekündigt, wenn es nicht gelingt, den »Alteliten« das Handwerk zu legen: »Existenzbedrohende Krisen erfordern außergewöhnliches Handeln. [...] Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutsche keine halben Sachen.« Individuelle Freiheit ist kein Grundwert der Demokratie, sondern eine »Bedrohung der sozialen Gesellschaft!«¹⁷

Es mag Zufall sein, dass Thüringen ein Hort der Infragestellung der substanziellen Mitte, also der parlamentarischen Demokratie, zu sein scheint. Gleichwohl hat die antipodische Mehrheit dort zu außergewöhnlichen Turbulenzen bei der Regierungsbildung und im Parteiensystem geführt, die jenseits der Verletzungen des politischen Stils das System selbst an Grenzen seiner Funktionsfähigkeit geführt haben, über die Landespolitik hinausstrahlend. Die kompromisslose Forderung der Linken, zur Krisenbewältigung andere Parteien zur Wahl ihres Kandidaten zu nötigen, nähert sich in der Praxis dem intellektuellen Hegemonieprogramm an.

Warum ist dieses Beispiel von Interesse? Weil es zeigt, dass sobald zur sich seit Langem verstärkenden Pluralisierung des Parteiensystems effektive Polarisierung und Segmentierung hinzutreten, Gefährdungen der Funktionalität und Stabilität möglich sind, die letztlich auch Legitimitätszweifel begründen. Dass der exemplarische »Tatort« Erfurt unweit Weimars in Thüringen liegt, ist natürlich kein Beleg für die Thesen, die Bundesrepublik sei auf dem Weg in Weimarer Verhältnisse. Eine gewachsene politische Kultur steht dem entgegen. Wie widerständig? Ihre Herausforderung nicht angemessen zur Kenntnis zu nehmen, könnte Erosionsprozesse fördern. Doch auch jenseits der ideologischen Zuspitzungen vertiefen sich durch die Profilierung der Ränder jene Prozesse der Fragmentierung und Segmentierung, die Kooperation und Koalition zum Problem werden lassen, über 2017 in Berlin und 2019 in Erfurt hinaus.

16 Höcke-Rede im Wortlaut: »Gemütszustand eines total besiegtten Volkes«, 17. Januar 2017, in: Tagesspiegel, 19. Januar 2017 (online unter: www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html – letzter Zugriff: 05.03.2021).

17 Björn Höcke, *Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig*, Berlin 2018, S. 255–258.

4. Kontinuität des Wandels

Doch sind diese Prozesse seit Jahrzehnten unterwegs und seit den 1970er-Jahren mit steigender Tendenz beobachtbar. In der Öffentlichkeit wurden sie tagespolitisch gewichtet. Auch für Parteiapparate war es angenehmer, sie selbst bei zweistelligen Verlusten von einer Wahl zur anderen nicht systematisch zu hinterfragen. Dabei hätten sie sich dadurch partiell durchaus entlasten können, weil die Gesellschaft sich ohne Rückfragen bei Parteizentralen gemäß ihren Lebensgefühlen entwickelt. Andererseits ist es aber defizitär, als Institution an der Nahtstelle zwischen Politik und Gesellschaft nicht präzise zu bemerken, wie sozusagen der soziale Teppich entgleitet, weil Mitglieds- und Wählerschaft schwinden. Ursachen für diese Negativentwicklung liegen im ursprünglichen Parteiengefüge selbst und in seiner Art und (Un-)Fähigkeit, auf Wert- und Mentalitätswandel in der Gesellschaft zu reagieren. Die Entwicklung zur »Gesellschaft der Singularitäten«¹⁸ ist wissenschaftlich vielfach analysiert worden, bevor dieses präzisierende Schlagwort entstand.

Die moderne Wählergesellschaft differenziert sich in vielfältigen, stetigem Wandel unterworfenen Lebensstilen und Lebenswelten, deren Strukturen die klassischen sozialmoralischen Milieus und Cleavages durchfasern und entkräften. Auf dem kommerziellen Werbe- und Medienmarkt findet dieser Prozess hohe Resonanz. Auch wenn sich der Unterschied zwischen zielgruppengenaue und hochindividualisierten Werbebotschaften und notwendigerweise stärker aggregierten Politikangeboten nicht nivellieren lässt, sind auch diese dazu verdammt, konkrete gegenwärtige Lebenswelten zu erreichen. Stimmenmaximierungsparteien scheinen zunehmend gezwungen, vieles anzubieten, was jenseits ihres überkommenen Markenkerns liegt. Kann aber eine bis zur Widersprüchlichkeit neigende Angebotsdifferenzierung ihre Binde- und Mobilisierungsfähigkeit unterstützen? Oder schreckt sie nicht die wachsende Zahl derer ab, die eine bestimmte Position – ihre eigene – vertreten sehen wollen? Großparteien müssen unterschiedlichste Lebenswelten ansprechen.¹⁹ Kleinere Parteien haben die Chance zur widerspruchsfreien Übereinstimmung mit bestimmten Milieus, wodurch ihnen Eintrittschancen in den Wettbewerb sowie Wettbewerbsvorteile zufallen. 1976 betrug das Verhältnis von groß zu klein 91,2 zu 8,8 Prozent, 2017 55,5 zu 46,4 Prozent.

18 Vgl. Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Frankfurt/M. 2017.

19 Das Sinus-Institut unterscheidet 2020 zehn solcher »Milieus« vom Prekariat bis zu den Performern (siehe online unter: www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus-deutschland/ – letzter Zugriff: 05.03.2021).

Die Gesellschaft gibt dem Parteiensystem seine Struktur vor. Grüne, Linke und AfD sind aufgrund je spezifischer Integrationsprobleme eingedrungen, Piraten kometengleich aufgestiegen und verglüht.

Die neue Fragmentierung legt den Schluss nahe, dass auch in Zukunft Kleinparteien ideologische und interessenspezifische Lücken schließen, wie sie auch durch Responsivitäts- und Partizipationslücken auf den Plan gerufen werden können – wie zuletzt die AfD und europaweit die Populismen. Im Übrigen lassen sich in dieser Gesellschaft der Singularitäten mit ihren neuen Kommunikationsformen Artikulation, Protest und Interessenberücksichtigung auch ohne Zutritt zur Architektur des Parteiensystems durchsetzen, sondern neben ihr und gegen sie – wie ebenfalls europaweite oder sogar globale gesellschaftliche Bewegungen zeigen. Indem Parteien positiv auf sie reagieren (müssen), gestehen sie bisherige Defizite ihres Problembewusstseins und ihrer Responsivität für Bürgerinteressen ein, auf denen aber integratives Vertrauen beruht. Auch die Gesellschaft der Singularitäten bedarf eines Fundaments an Sozialität. Langanhaltende Erosion der Parteimitgliedschaft ist dafür nicht hilfreich.²⁰

Durch die genannten »Lücken« wachsen Vertrauenskrisen gegenüber den Institutionen, selbst wenn die Wertschätzung des demokratischen Systems bei 83 Prozent der Deutschen 2019 »gut« oder »sehr gut« lautet.²¹ Zur gleichen Zeit offenbarte eine andere Studie erhebliche Vorbehalte gegenüber den klassischen Parteien, weil sie nach Einschätzung von 51 Prozent der Befragten an den »Sorgen und Wünschen der Bevölkerung« vorbeigieren.²² Allensbach förderte auch zutage, dass das Vertrauen zwischen 2015 und 2019 »erdbebenartig zerfallen«, aber in der Coronakrise 2020 auf unermessliche 76 Prozent nach oben geschnellt sei (Abbildung 6).²³

Einen deutlicheren Beweis, dass die an die Institutionen gerichtete Vertrauensfrage sich realiter auf die aktuelle Einschätzung ihrer Leistungsfä-

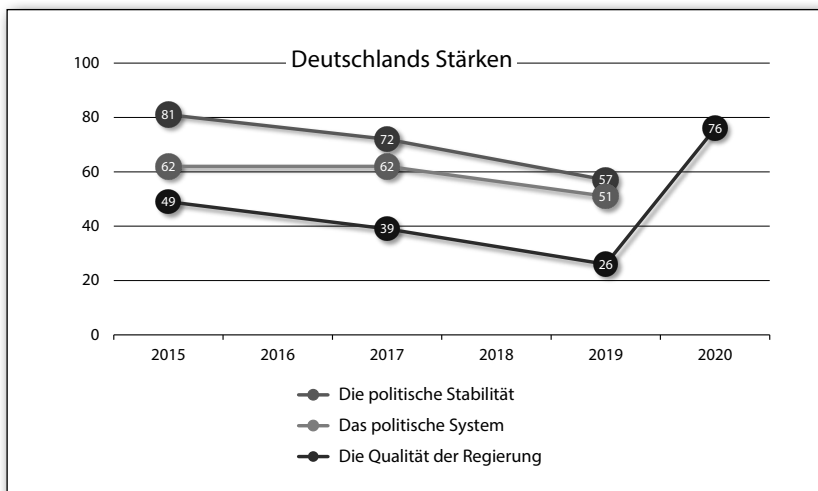
20 Vgl. Helmut Klages, Inwiefern sind wir schon (oder noch) »Demokraten«?, in: Zeitschrift für Politik, 67. Jg. (3/2020), S. 294–313, hier S. 299f.: »Demokraten ohne Parteimitgliedschaft?«.

21 Vgl. Lisa Inhoffen, Die Hälfte der Deutschen sieht die Demokratie in Gefahr. YouGov-Studie zum Tag der Demokratie (15. September) in Kooperation mit Sinus-Institut, 12. September 2019 (online unter: [yougov.de/news/2019/09/12/die-halfte-der-deutschen-sieht-die-demokratie-gefahr/](https://www.yougov.de/news/2019/09/12/die-halfte-der-deutschen-sieht-die-demokratie-gefahr/) – letzter Zugriff: 05.03.2021).

22 Institut für Demoskopie, *Sind die Volksparteien noch zu retten?*, Allensbach 2019.

23 Renate Köcher, Erosion des Vertrauens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. November 2019, S. 10 sowie Dies., Eingeschränkt funktionsfähig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Juli 2020, S. 8.

Abbildung 6: Die Stärken der Bundesrepublik Deutschland (Zustimmung in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung; Daten: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7226, 12011 (2015 bis 2019); Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit 2020: Köcher, *Eingeschränkt funktionsfähig* (Anm. 23), S. 8.

higkeit hinsichtlich der persönlichen Lebensumstände richtet, gibt es nicht. Situationsbedingt war also der Schwund durch die Verunsicherungen der Flüchtlingskrise ebenso wie der Aufschwung durch den konsequenten Einsatz gegen die Gefahren der Pandemie. Das heißt aber auch, dass der kontinuierliche Abschwungprozess schon vor 2015 durch die Einschätzung politischer Distanz gegenüber den Alltagsproblemen der Bürger zur Destruktion von Sozialkapital geführt hat, welches eine Voraussetzung partizipatorischer Demokratie darstellt, in der Parteien eine positive Rolle spielen. Werden die Parteien jenseits der Krise dieses Kapital und ihre eigene Rolle stützen können? Antworten darauf werden sich wohl erst nach der Wahl 2021 finden lassen. Sie werden nicht konventionell sein, und jeder Ausblick bleibt riskant.

5. Riskanter Ausblick

Nach wie vor kommt den Parteien neben ihrer vertrauensbildenden Kommunikationsfunktion im weitesten Sinn nicht zuletzt eine zeitgerechte,